

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

17. WP - 14. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. Mai 2010, 13:30 Uhr
im Sitzungszimmer 383 der SPD-Fraktion

Anwesende Abgeordnete

Bernd Schröder (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Johannes Callsen (CDU)	
Hartmut Hamerich (CDU)	
Karsten Jasper (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Regina Poersch (SPD)	
Marion Sellier (SPD)	
Oliver Kumbartzky (FDP)	
Christopher Vogt (FDP)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Dr. Andreas Tietze
Björn Thoroë (DIE LINKE)	

Weitere Abgeordnete

Olaf Schulze (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Errichtung einer Landesregulierungsbehörde Schleswig-Holstein	4
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/397	
2. a) Vorstellung des PPP-Mittelstandsmodells Bau und der Rahmenbedingungen für seine Umsetzung durch	6
- Herrn Dr. Kloss, Leiter Spezialfinanzierung bei der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG - Herrn RA Steyer, Leiter VHV Verbands- und Kooperationsmanagement Bau - Herrn RA Schareck, GF Baugewerbeverband SH	
hierzu: Umdruck 17/841	
b) Vorstellung der Arbeit des ÖPP-Kompetenzzentrums des Landes	
- Frau Hella Prien, Investitionsbank Schleswig-Holstein	
3. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, eröffnet die Sitzung um 13:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Errichtung einer Landesregulierungsbehörde Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/397

(überwiesen am 19. März 2010)

hierzu: Umdrucke [17/742](#), [17/743](#), [17/744](#), [17/800](#), [17/850](#), [17/852](#), [17/862](#),
[17/863](#), [17/864](#), [17/865](#), [17/866](#), [17/867](#), [17/868](#), [17/869](#),
[17/870](#)

Einleitend verweist Abg. Schulze auf das Ergebnis der zu dem Antrag durchgeführten schriftlichen Anhörung. Die überwiegende Zahl der Stellungnahmen gehe ja davon aus, dass die Errichtung einer landeseigenen Regulierungsbehörde zu teuer würde. Leider könne man bisher aber nicht abschätzen, wie hoch die Kosten tatsächlich ausfielen. Seine Fraktion bitte deshalb darum, vor einer abschließenden Behandlung dieses Antrags eine Anhörung mit den Bundesländern durchzuführen, die bereits eine eigene Regulierungsbehörde eingerichtet hätten, um von dort Details einer Kosten-Nutzen-Rechnung zu erfahren.

Abg. Magnussen erwidert, seine Fraktion sehe im Moment nicht die Notwendigkeit einer zusätzlichen mündlichen Anhörung. Die schriftliche Anhörung sei durchgeführt worden und habe das Ergebnis widerspiegelt, das seine Fraktion vorausgesehen habe. In Anbetracht der Pläne zur Haushaltssanierung in Schleswig-Holstein und der hier auf das Land zukommenden Einsparbemühungen passe es auch nicht in die Zeit, zusätzliche Stellen in einer neuen Behörde zu beschaffen. Deshalb beantrage er Abstimmung in der Sache in der heutigen Sitzung.

Abg. Matthiessen bittet, noch einmal Praktiker zu der Vorlage in den Ausschuss einzuladen, weil er doch von mehreren Stadtwerken, mit denen er gesprochen habe, gehört habe, dass man den Fall dort so sehe, dass eine landeseigene Regulierungsbehörde schneller auf die in Schleswig-Holstein gegebenen spezifischen Verhältnisse eingehen könne. An die Bundesregulierungsbehörde könnten diese Unternehmen manchmal gar nicht so schnell herankommen, weil diese einfach zu groß sei.

Abg. Kumbartzky schließt sich den Ausführungen von Abg. Magnussen an und erklärt, seine Fraktion lehne ebenfalls auf der Grundlage der Ergebnisse der schriftlichen Anhörung, aber auch wegen der Kostenauswirkungen die Schaffung einer neuen Behörde ab.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion wird der Bitte auf Durchführung einer weiteren mündlichen Anhörung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der LINKEN nicht gefolgt. Im Rahmen der Abstimmung in der Sache spricht der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und der LINKEN gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Empfehlung an den Landtag aus, den Antrag abzulehnen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Vorstellung des PPP-Mittelstandsmodells Bau und der Rahmenbedingungen für seine Umsetzung durch

- Herr Dr. Kloss, Leiter Spezialfinanzierung bei der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG
- Herr RA Steyer, Leiter VHV Verbands- und Kooperationsmanagement Bau
- Herr RA Schareck, GF Baugewerbeverband SH

hierzu: Umdruck 17/841

b) Vorstellung der Arbeit des ÖPP-Kompetenzzentrums des Landes

- Frau Hella Prien, Investitionsbank Schleswig-Holstein

Herr Steyer von den VHV Versicherungen erklärt einleitend, das Mittelstandsmodell Bau sei gemeinsam mit den Bauverbänden und der HypoVereinsbank AG entwickelt worden. Das Konzept ersetze die geforderten Fertigstellungs- und Gewährleistungsbürgschaften durch entsprechende Versicherungen, eine Baubegleitung und ein Controlling erfolge durch die VHV Versicherungen für Projekte mit einem Volumen bis zu 25 Millionen € Bauleistung. Bekanntlich hätten öffentliche Auftraggeber die Befürchtung, dass Baumaßnahmen zu Haushaltsbelastungen führten, wenn zum Beispiel das zu bauende/errichtete Gebäude mit Mängeln behaftet sei beziehungsweise erst gar nicht errichtet werden könne, dass durch Neubeauftragung Mehrkosten entstünden. Das Modell schaffe für die Projektbeteiligten, wie zum Beispiel für Kommunen, die Sicherheit, dass im Falle eines Ausfalls von Partnern finanziell „nichts passieren“ könne. Damit verbessere man auch die Rahmenbedingungen dahingehend, dass kleinere und mittlere Bauunternehmen in die Lage versetzt würden, neben großen Unternehmen bei Projekten bis zu 25 Millionen € Bauleistung adäquat als Mitbewerber am Markt agieren zu können. - Herr Dr. Kloss unterstreicht, dass durch die Kooperation mit den VHV Versicherungen Risiken sowohl von der Bauwirtschaft als auch von der öffentlichen Hand genommen würden.

Im Folgenden stellen die Vertreter der VHV Versicherungen und der HypoVereinsbank AG auf der Grundlage des Umdrucks 17/841 das Mittelstandsmodell Bau im Einzelnen vor.

Frau Prien, Leiterin des ÖPP-Kompetenzzentrums bei der Investitionsbank, stellt dieser Information Schwerpunkte der Beratungstätigkeit des ÖPP-Kompetenzzentrums zur Seite und betont, dass Fragen der Risikoeinschätzung und -Bewertung die wesentlichen Themenstellungen in der Vorbereitung und Entwicklung eines ÖPP-Projekts und einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung seien, die die Entscheidung für eine Projektrealisierung in konventioneller Form oder als ÖPP-Maßnahme determinierten.

In der folgenden Aussprache stellt der Vorsitzende, Abg. Schröder, das Mittelstandsmodell Bau den PPP-Modellen für den Ausbau, Neubau und Betrieb von Autobahnen der VINCI Concessions GmbH, mit denen sich der Wirtschaftsausschuss im letzten Jahr beschäftigt habe, gegenüber. Er betont die Bedeutung des in der heutigen Sitzung vorgestellten PPP-Modells für den Mittelstand in Schleswig-Holstein, für die Risikoabsicherung und auch für die Sicherung von Arbeitsplätzen in der schleswig-holsteinischen mittelständisch geprägten Bauwirtschaft.

Herr Schareck vom Baugewerbeverband Schleswig-Holstein betont, dass sich mittelständische Unternehmen wegen des systemimmanenten Risikotransfers und der Langfristigkeit der Projekte insbesondere auf der Finanzierungsseite besonderen Herausforderungen gegenüber gestellt sähen. Hierbei könne die Kombination von Finanzierungs- und Versicherungskomponenten gerade den mittelständischen Unternehmen bei ÖPP-Projekten helfen und einen Mehrwert bieten. Deshalb werde die Empfehlung ausgesprochen, dieses Sicherungsinstrument als Alternative in die Vergaberichtlinien von Schleswig-Holstein aufzunehmen. Wenn schleswig-holsteinische Bauunternehmen bei Anwendung dieses alternativen Sicherungsmittels 10 bis 15 % der Aufträge im Rahmen von PPP-Modellen bekämen, wäre das eine „richtig große Hausnummer“.

Mit der Zusage durch Herrn Steyer, ÖPP-Referenzprojekte nachträglich aufzulisten, und mit einem Dank des Vorsitzenden für die Informationen über das PPP-Mittelstandsmodell Bau sowie dem Hinweis darauf, dass diese Informationen über die kommunalen Landesverbände an die Kommunen weitergetragen werden sollten, wird der Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Poersch spricht die laufenden Sanierungsarbeiten im Zuge der B 75 im Bereich Lübeck-Kücknitz an und bittet angesichts der bevorstehenden Tourismussaison um Auskunft, wann auf dem Streckenabschnitt zwischen Solmitzbrücke und A 226 die Fahrbahnsanierung abgeschlossen werde. - Die Fragestellung wird dem MWV mit der Bitte um schriftliche Beantwortung übermittelt werden.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, schließt die Sitzung um 16:05 Uhr.

gez. Bernd Schröder

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer